



Interviews

09. Februar 2024

Lukas Köhler, stellvertretender Vorsitzender der FDP-Fraktion im Bundestag, im Gespräch mit Christoph Heinemann

Heinemann: Am Telefon ist Lukas Köhler, stellvertretender Vorsitzender und Klimaschutzexperte der FDP-Bundestagsfraktion. Bei der Bundestagswahl 2021 trat er im Wahlkreis München-West/Mitte an. Guten Morgen.

Köhler: Guten Morgen.

Heinemann: Herr Köhler, warum lehnt die FDP das geplante Lieferkettengesetz ab?

Köhler: Wir haben immer gesagt, dass wir auf europäischer Ebene ein Lieferkettengesetz wollen, aber eben eins, das klaren Regeln unterliegt. Das eine ist, dass wir Unternehmen nicht überlasten wollen, und ich glaube in einer Zeit der Rezession, in der Zeit, in der wir wirtschaftlich wirklich große Probleme haben, können wir keinem Gesetz zustimmen, das die Pflichten massiv erweitert, zum Beispiel die gerade angesprochene Haftung, die Unternehmen dann hätten, ist ein solches Problem. Das Zweite ist, dieses EU-Lieferkettengesetz weitet seinen Anspruch massiv eben auf den Mittelstand, auf Unternehmen, die sehr viel kleiner sind, als es im deutschen Lieferkettengesetz der Fall wäre - und deswegen sagen wir ja zu einem Lieferkettengesetz, aber nicht zu dem aktuell vorliegenden. Das haben wir allerdings nicht erst jetzt gesagt, sondern das sagen wir schon in Meseberg und das steht sogar schon im Koalitionsvertrag genauso drin, dass wir sagen, auf der einen Seite brauchen wir eine europäische Regelung, weil das ist wichtig, dass wir international Menschenrechte schützen, aber es ist genauso wichtig, dass wir eben deutsche und europäische Unternehmen nicht überfordern.

Heinemann: Herr Köhler, Sie haben den Koalitionsvertrag genannt. Darin steht: „Wir unterstützen das von der EU vorgeschlagene Importverbot von Produkten aus Zwangsarbeit.“ Wieso lehnt die FDP jetzt ab, was die FDP unterschrieben hat?

Köhler: Der Satz geht ja noch ein Stück weiter, und der sagt, dass wir zum einen ein EU-Lieferkettengesetz unterstützen, das die internationalen Standards einhält und das Zwangsarbeit verhindert und Menschenrechte schützt, aber Unternehmen nicht überfordert. Und das

aktuelle Gesetz würde das tun. So werden zum Beispiel die Grenzen, in Deutschland sind es Unternehmen mit über 1.000 Mitarbeitern, heruntergesetzt bis auf 250 Mitarbeiter und neue Sektoren eingeführt, wie beispielsweise der Bausektor. Das ist ein EU-Problem für uns.

Heinemann: Das klingt jetzt so, als wäre so ein bisschen Kinderarbeit oder Zwangsarbeit okay.

Köhler: Nein, das ist weder ein bisschen Kinder- oder Zwangsarbeit okay noch irgendetwas anderes, aber schauen Sie, wir haben ja ein deutsches Lieferkettengesetz. Und meines Wissens haben wir in Deutschland noch nicht dafür gesorgt, dass das abgeschafft wird, auch wenn die Große Koalition das beschlossen hat. Wir sind dafür, dass diese Lieferketten eingehalten werden.

Heinemann: Entschuldigung, dass was abgeschafft wird? Das habe ich jetzt nicht verstanden.

Köhler: Das deutsche Lieferkettengesetz.

Heinemann: Das möchten Sie abschaffen?

Köhler: Nein, das möchten wir eben nicht abschaffen. Es gibt ja ein deutsches Lieferkettengesetz. Und das ist ja so, dass die deutschen Unternehmen dem auch folgen. Das deutsche Lieferkettengesetz ist zu bürokratisch, und es fordert viel von den Unternehmen, aber es ist eben ein kleiner begrenzter Anteil, und es sorgt nicht für Haftungspflichten innerhalb dessen. Das heißt, wenn man aufgrund eigener Fehler nicht dafür gesorgt hat oder nicht sorgen konnte dafür, dass man in der Lieferkette durchgegriffen hat, dann haften Unternehmen in Deutschland nicht, sondern im Gegenteil: Es ist so, dass hier deutsche Unternehmen dafür sorgen müssen, dass sie sich zum Beispiel die Lieferkette sehr sorgfältig anschauen und durchgehen, aber eben keine Haftungsrisiken entstehen. Das ist auf europäischer Ebene anders, und das ist ein Problem.

Heinemann: Herr Köhler diejenigen, die das Gesetz befürworten, sagen, dass vieles von dem, was die FDP kritisiert, zum Beispiel diese zivilrechtliche Haftung, seit Beginn des Verhandlungsprozesses, und zwar seit August 2020, die gemeinsame Position der Bundesregierung gewesen sei. Wieso fällt die FDP den Koalitionspartner jetzt in den Rücken?

Köhler: Das würde mich sehr stark wundern, wenn das jemand von den Koalitionspartnern behaupten würde. Denn alleine schon in Meseberg letztes Jahr im April, in dem die Bundesregierung zusammenkommt und gemeinsame Positionen beschließt, haben wir eine ganz klare Verhandlungslinie vorgegeben, der auch alle Koalitionspartner zugestimmt haben. Zum einen wollten wir eine sogenannte Safe Harbour-Regierung, also im Prinzip dafür sorgen, dass wenn Unternehmen verpflichtet werden und auch über Haftung verpflichtet werden, dass es eine Möglichkeit gibt, sich dagegen sinnvoll und ausreichend zu wehren - und dass wir eben die Schwelle, bei der welche Unternehmen betroffen sind, hochsetzen, nämlich so wie im deutschen Lieferkettengesetz. Und eine ganze Reihe von auch detaillierten Punkten, die die Bundesregierung gemeinsam beschlossen hat und die Verhandlungspositionen waren, und die FDP hat immer klargemacht, über das ganze letzte Jahr auch schon hinweg, dass wir, wenn wir diese Punkte nicht erfüllt sehen, dass wir dann einer EU-Lieferkettengesetzgebung nicht zustimmen können.

Heinemann: Und in dem Zusammenhang hat Bundesarbeitsminister Hubertus Heil von der SPD gesagt, er habe bis zum Schluss Kompromiss- und Lösungsvorschläge gemacht, aber die FDP sei eben nicht bereit gewesen, diesen Weg mitzugehen. Warum nicht?

Köhler: Hubertus Heil hat auf europäischer Ebene wirklich viel getan, und ich möchte ihn auch explizit für seine Verhandlungen loben. Er hat wirklich dafür gekämpft, dass wir ein tragfähiges Lieferkettengesetz hinkriegen, aber wie das im Leben leider manchmal so ist, kann man sich nicht mit allen seinen Punkten durchsetzen. Und in dem aktuellen Fall ist es so, dass man ein Verhandlungsergebnis betrachten muss, wenn es vorliegt. Das ist jetzt da, und seitdem dieses Verhandlungsergebnis da ist, sagen wir, das ist nicht ausreichend, um Unternehmen vor Überforderung, vor Bürokratie zu schützen. Und dafür zu sorgen, dass wir einen wirklich funktionierenden Menschenrechtsschutz haben und gleichzeitig weiterhin dafür sorgen, dass Unternehmen in Deutschland und Europa wachsen können.

Heinemann: Wie ideologisch motiviert, dieser Betriff stammt von Hubertus Heil, ist die Blockade der FDP?

Köhler: Es ist überhaupt nicht ideologisch motiviert. Schauen Sie, wir wollen auch sehr massiv dafür sorgen, dass Menschenrechtsschutz ganz weit oben steht, auch in der Wirtschaft. Und wir haben ja auch in Deutschland ganz viele Unternehmerinnen und Unternehmer, die ihre Verantwortung sehr, sehr, sehr ernst nehmen. Und ich glaube sogar, dass die meisten deutschen Unternehmen Menschenrechtsstandards auf einem viel höheren Niveau einhalten, als das international passiert. Aber mit dem aktuell vorliegenden Liefergesetz würde im

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de

Zweifel nur passieren, dass diese Unternehmen, wenn sie versuchen, in einen neuen Markt reinzugehen, und zum Beispiel nicht genügend Informationen bekommen können, weil ihre Lieferanten das ablehnen, dann ist es ja nicht so, dass die Unternehmen dann sagen, wir setzen das jetzt auf Teufel komm raus durch. Das geht ja gar nicht, weil es ja keine Staaten sind, sondern im Zweifel würden sie sich dann nur aus den Märkten zurückziehen, weil für sie zum Beispiel das Haftungsrisiko sonst zu groß wäre. Das muss der Ansatz sein.

Heinemann: Herr Köhler, aber gerade die Unternehmen, die jetzt in Deutschland nachhaltig arbeiten und natürlich auch dem deutschen Lieferkettengesetz unterliegen, warnen ja gerade vor Wettbewerbsnachteilen gegenüber Firmen in anderen EU-Staaten, die kein Lieferkettengesetz haben.

Köhler: Die Breite der deutschen Unternehmen, insbesondere auch vertreten durch zum Beispiel die ganzen Spitzenverbände, lehnen alle das europäische Lieferkettengesetz ab, weil sie, wie die FDP, die Sorge davor haben, dass dieses Gesetz alle Unternehmen in Deutschland und Europa massiv überfordern würde.

Heinemann: Das ist nicht die gesamte Wirtschaft, das müssen wir noch mal klar festhalten. Das sind Verbände.

Köhler: Das sind Verbände, die zusammengesetzt sind aus den Unternehmen der deutschen Wirtschaft, und die da ganz klar mit ihren Mitgliedsunternehmen absprechen, an welcher Stelle sie wie eine Position nehmen. Wenn ich mich richtig an ein Interview mit Ihnen noch erinnere, hatten Sie mir bei einer vorhergehenden Debatte genau mal das vorgehalten, dass die Verbände damals entgegen der FDP-Position sich positioniert haben.

Heinemann: Das müsste ich noch mal nachlesen. Wenn wir das noch mal zusammenkehren, bei dem geplanten Aus für Neuwagen mit Verbrennungsmotoren, dann beim KI-Gesetz, jetzt bei CO₂-Standards für LKW, das Lieferkettengesetz - immer steht die FDP auf der Bremse. Was bedeutet es für Europa, wenn eine Partei, die sich in Umfragen im unteren einstelligen Prozentbereich bewegt, die Gesetzgebung für die gesamte Union aufhält?

Köhler: Die Partei, die Sie gerade erwähnen, also die FDP, setzt sich ja vor allem Dingen für die Politik ein, von der wir überzeugt sind. Und wir sehen, dass gerade auf europäischer Ebene bei manchen Gesetzen eben Verbesserungsbedarf da ist. Und ich glaube, das ist

richtig, dass wir uns von unseren Überzeugungen, und nicht zum Beispiel von Umfragen leiten lassen. Sondern davon, dass das, was wir wollen, nämlich zum Beispiel dafür zu sorgen, dass die Wirtschaft in Deutschland weiter wächst, dass Menschenrechte geschützt sind, dass wir wirklich einen echten Klimaschutz machen. Dass wir aber vor allen Dingen dafür sorgen, dass wir eine gemeinsame Zukunft mit Europa haben, dass wir für diese Sachen kämpfen, und da ist mir relativ egal, wieviel Prozent wir haben. Ich finde es richtig, dass wir als FDP einen Unterschied machen und machen können. Und das tun wir gemeinsam mit der Bundesregierung, indem wir zum Beispiel sehr früh unsere Position festlegen und dann natürlich den Menschen, die diese Sachen verhandeln, den Spielraum geben, das zu verhandeln, und dann das Ergebnis am Ende für uns bewerten. Und wenn das Ergebnis nicht zutreffend ist, nicht passend ist, nicht den Zielen, die wir als richtig erachten, entspricht, dann lehnen wir das ab. Das ist das normale Vorgehen von Politik. So sollte auch Politik funktionieren, dass man von seinen Überzeugungen sich leiten lässt - und nicht zum Beispiel von Umfragewerten.

Heinemann: Lukas Köhler, stellvertretender Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion, Dankeschön für das Gespräch und auf Wiederhören.

Köhler: Vielen Dank, einen schönen Tag noch.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.